

Am 10. Dezember ist es wieder soweit:

Der Weihnachtsmann kommt zu ver.di

Am 10. Dezember 2026 erwartet der Ortsverein wie schon in den Vorjahren den Weihnachtsmann. In gemütlicher Runde reflektieren wir Vergangenes und planen Zukünftiges.

Die letzte Versammlung des ver.di Ortsvereins Saar-Blies in diesem Jahr findet am 10. Dezember in den Räumen des ver.di-Bezirkes in Saarbrücken statt.
Unser Vorsitzender Rainer Tobae möchte ein wenig das Jahr Revue passieren lassen und einige Vorschläge für das kommende Jahr unterbreiten.
Danach will man in gemütlicher Runde bei Kerzenschein, Getränken und Gebäck



das Zwischenmenschliche pflegen. Dazu brauchen wir noch Kolleg*innen, die Plätzchen mitbringen und vielleicht auch ein paar Flaschen Crémant spendieren wollen.
Auch der Kollege Weihnachtsmann beabsichtigt vorbeizukommen. Überlegt euch schon mal eine gescheite Antwort, wenn er fragt: „Nun sprecht, wie ich's hierinnen find! Sind's gute Kind, sind's böse Kind?"

Erinnerung:
Unser Thema
Künstliche Intelligenz
Unser Kollege Dr. Luitpold Rampeltshammer führt ins Thema ein
am 12.11.26 um 18 Uhr
im ver.di Haus Saarbrücken

Region Saar Trier beriet sich in Kirkel:

Der Bezirk hat einen neuen Vorstand

Am Donnerstag, 29.10.26, fand im Bildungszentrum der Arbeitskammer die Ordentliche Bezirkskonferenz der ver.di Region Saar-Trier statt. Ein neuer Vorstand wurde gewählt. Jasmin Bozok vom Saarländischen Rundfunk heißt die neue Vorsitzende.

Auf der Bezirkskonferenz vertraten Monika Guss und Rainer Tobae unseren Ortsverein. Michael Quetting nahm als Gast teil, da er als ehemaliges Bezirksvorstandsmitglied zur Rechenschaftslegung dazu verpflichtet war. Insgesamt mussten 20 Tagesordnungspunkte von den Delegierten bearbeitet werden.
Unser Ortsvereinsvorsitzender Rainer Tobae und seine Stellvertreterin Charlotte Matheis hatten einen solidarischen Gruß an die Delegierten verteilt und dort ein wenig unsere Arbeit vorgestellt. Mit der Grußadresse bedankte sich der Ortsverein ausdrücklich für die solidarische Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Bezirk.
Die ehrenamtlichen Kolleginnen Susanne Kasztantowicz, Anke Schmeier, Lisette Hörig leiteten mit den Hauptamtlichen Julia Mole und Christian Umlauf gekonnt und erfahren die Konferenz, die ihre Beschlüsse in großer Einmütigkeit und Geschlossenheit fasste. Erfahrung ist auch notwendig, wenn man sich in der Matrix der Gewerkschaft zurechtfinden will und man auch eine Konferenz als interessant begreifen möchte. So gab die Leitung sich Mühe, den Rechenschaftsbericht locker und optisch interessant zu gestalten. Gleich zu Beginn waren es die Kolleginnen,



Kolleginnen stellten historische Frauen vor um so den Matilda-Effekt den Delegierten zu erläutern

die in spannender Form mit historisch inspirierten Kostümen uns den Matilda-Effekt deutlich machten. Dieser Effekt beschreibt die systematische Tendenz, die wissenschaftlichen Leistungen und Entdeckungen von Frauen zu übersehen, zu verdrängen oder sie fälschlicherweise männlichen Kollegen zuschreiben.
Trotz solcher moderner und interessanter Formen fällt es insbesondere neuen Kolleginnen und Kollegen schwer, solchen Konferenzen zu folgen bzw. Zeit und Raum zu finden, sich einzubringen. Das Bedürf-



Ehrenamt und Hauptamt halten gemeinsam den Geschäftsbericht. Dabei wir Multimedia eingesetzt.

nis nach Harmonie kann zum Hemmschuh werden, wenn es die Aussprache und Diskussion zum Geschäftsbericht als auch zu den Wahlen nicht fördert. Die 52 anwesenden Delegierten (von 68 Gewählten)



Susanne Kasztantowicz kandidierte nicht mehr zur Vorsitzenden, gehörte aber der Konferenzleitung an.



Rainer Tobae und Monika Guss waren Delegierte des Ortsvereins auf der Bezirkskonferenz

sollten sich deutlicher bewusst sein, dass sie der Souverän im höchsten Gremium des Bezirks sind, so die Meinung des Beobachters.
Nach dem Geschäftsbericht folgte der Bericht der Revisionskommission, vorgetragen durch unsere Kollegin Ilse Kollmann. Sie empfahl die Entlastung des Vorstandes und bestätigte eine korrekte Kassenführung, formulierte aber auch kritische Worte und ermahnte die Geschäftsführung, sich stets bewusst zu sein, dass es sich bei den Geldern um Mitgliedsbeiträge handelt.



Unsere neue Vorsitzende arbeitet beim Saarländischen Rundfunk und bringt viel Power mit

Sehr gekonnt war die gemeinsame Vorstellung der Kandidatinnen für den Vorsitz und die Stellvertretung. Professionell formulierten Jasmin Bozok und Anke Schmeier im Wortwechsel ihre Vorstellungen für die zukünftige Arbeit. Wie hier im Rundbrief schon angekündigt, kandidierte die ehemalige Vorsitzende Susanne Kasztantowicz nicht mehr für diese Funktion. Sie wurde wie die anderen ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes feierlich und ehrenvoll verabschiedet.
Die neue Vorsitzende ist 1980 geboren und kommt aus Saarbrücken. Mitglied ist sie seit 2016 und ist im Fachbereich A in der Fachgruppe Medien aktiv. Sie ist



Das Grußwort des Ortsvereins

im Personalrat beim Saarländischen Rundfunk und ist Sprecherin der ver.di-Betriebsgruppe im Senderverband. Bei ihrer Vorstellung war ihre Energie und Lust auf Gestaltung richtig spürbar. Sie möchte bewegen und auch „andere in Bewegung bringen, zusammenbringen, vernetzen, empowern“. So drückte sie sich aus. Ihr Anspruch: „Wir müssen als Gewerkschaft gleichzeitig nahbar, politisch klar und organisatorisch handlungsfähig bleiben.“ Man müsse sich regelmäßig fragen, ob man die Kolleginnen und Kollegen auf die richtige Weise erreiche. Es müsse besser gelingen, den Mitgliedern über ihre Betriebsgruppen hinaus das „ganzheitliche Wirken von ver.di“ bewusst zu machen. Zitat: „Nur im Zusammenspiel zwischen Gewerkschaft im Betrieb und Gewerkschaft in Ge-



Blick in den großen Sitzungssaal der Arbeitskammer in Kirkel. Hier fand die Bezirkskonferenz des Bezirkes Region Saar Trier statt.

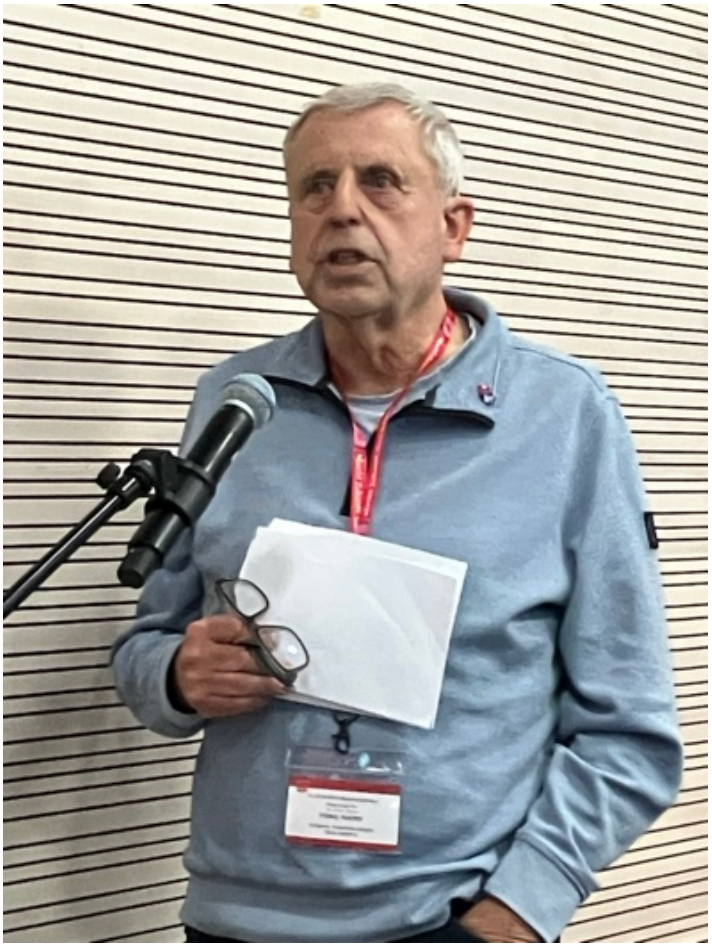


sellschaft werden wir die Zukunft gut mitgestalten können.“ Jasmin möchte offen sein für neue Wege, aber auch fest in unseren Grundsätzen und konsequent in unserem Einsatz für gute Arbeits- und Lebensbedingungen.
Anke möchte ihre Erfahrung weiterhin für den Bezirk einbringen. Man könne gemeinsam viel bewegen, „wenn Menschen sich aufeinander verlassen und wenn aus einzelnen Anliegen gemeinsames Handeln wird“. Sie möchte Bewährtes sichern und Veränderungen unterstützen.
Beide formulierten drei Prinzipien: „Erstens: zuhören, bevor entschieden wird. Zweitens: klar streiten, ohne die Zusammenarbeit aufzugeben. Drittens: Verantwortung teilen und sichtbar übernehmen.“
Die Wahl der beiden Vorsitzenden wie auch des restlichen Vorstands erfolgte in großer Einmütigkeit und Geschlossenheit. Dem neuen Bezirksvorstand gehört vom Ortsverein unsere Kollegin Monika Guss an. Zum Bundeskongress wurde von unserem Ortsverein Michael Quetting gewählt.
Die Landesbezirksleiterin Marion Paul benannte in ihrem Grußwort neben dem Dank für geleistete Arbeit einige politisch bekannte Themen im Kampf gegen den Sozialabbau. Leider war ihr Beitrag die einzig inhaltliche Beitrag zur aktuellen Politik. Vermisst wurden Überlegungen zu den nächsten strategischen und taktischen Schritten der Gewerkschaft, um den Generalangriff auf unsere sozialen und demokratischen Rechte abzuwenden. Auch fan die Problematik der Hochrüstung und Militarisierung keine Erwähnung.



Während der Antragsdebatte

Der Antrag des Ortsvereins, ein friedenspolitisches Forum durchzuführen, wurde als Arbeitsmaterial angenommen. Die Antragskommission argumentierte, dass die Friedensfrage so kompliziert sei und nicht nur den Bezirk betreffe und man dabei viel abzuwägen hätte, mit wem man ein solches Forum durchführe. Unser Kollege Rainer versuchte, unser Anliegen als Beschluss zu realisieren, zumal verdi sich ausdrücklich als Teil der Friedensbewegung versteht und der DGB-Kongress uns alle zur friedenspolitischen



Rainer Tobae sprach in der Antragsdebatte und erläuterte unseren Antrag.

Debatte aufgefordert hat. Aber die Antragskommission war nicht zu überzeugen, zumal Lisette Hörig versicherte, dass das Forum garantiert durchgeführt würde, man es allerdings als Arbeitsmaterial beschließe, um den Bezirksvorstand zu beauftragen, eine Durchführungskonzeption zu erarbeiten. Den Verweis in den Bezirksvorstand dürfe man nicht als Beerdigung erster Klasse verstehen.
Mit Dank an die Delegierten und die hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen konnte die neue Vorsitzende die Konferenz beschließen und zu einem kleinen Umtrunk einladen.



Die Geschäftsführung des ver.di Bezirks Region Saar Trier Kollege Christian Umlauf und Kollegin Julia Mole sichtbar gut gelaunt auf der Konferenz.

Auf dem Weg zu Bundeskongress:

Die Landesfachbereiche sind jetzt dran

Von Oktober bis Dezember 2026 finden im Rahmen der Organisationswahlen die Landesfachbereichskonferenzen statt. Das ist für uns Anlass, einmal ein wenig die Mechanismen der Demokratie in ver.di zu erläutern. Die Bilder wurden auf der Landesfachbereichskonferenz des Fachbereichs C am 30. Oktober in Mainz aufgenommen und zeigen den Fachbereichsleiter Frank Hutmacher, die Konferenzleitung und die vom Bundesfachbereichsvorstand C nominierte Kollegin Andrea Wemheuer als neue Bundesfachbereichsleiterin.



Alle vier Jahre kommen rund 1.000 ver.di-Mitglieder zusammen. Sechs Tage lang beraten und diskutieren sie, stimmen ab und wählen. Der 7. ordentliche ver.di-Bundeskongress findet vom 19. bis 24. September 2027 in Berlin statt.

Im Rahmen der Organisationswahlen werden jetzt die Delegierten für den Bundeskongress gewählt und Anträge an das höchste Organ der Gewerkschaft formuliert. Das erscheint vielen Kolleginnen und Kollegen als recht komplizierter Vorgang, weil ver.di eine sogenannte Matrixorganisation ist. Es gilt, sowohl die fachlichen Ebenen als auch die Regionen abzubilden. Bei der Zusammensetzung und Nominierung müssen verbindliche Vorgaben der Satzung eingehalten werden – dazu gehört insbesondere die Mindestfrauenquote, um eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern zu sichern.

Der ver.di-Bundeskongress umfasst laut der ver.di-Satzung etwa 1.000 Delegierte, die einen breiten Querschnitt der Organisation aus allen Regionen, Berufen, Alters- und Personengruppen widerspiegeln.

Die Anzahl der Mitglieder, auf die jeweils eine Delegiertenstimme entfällt, wird einheitlich über eine feste Formel berechnet. Die Schlüsselzahl ergibt sich aus der Division der Gesamtmitgliederzahl durch den Faktor 500. Die Wahl der Delegierten erfolgt auf der jeweils mitgliedsnächsten Stufe, die die Schlüsselzahl erreicht. Die Wahl der Delegierten der Ebenen beginnt im Bezirk. Wird eine volle Schlüsselzahl nicht erreicht, so wird die verbleibende Mitgliederzahl der nächsthöheren Stufe zugerechnet.



Die Hälfte der Delegierten wird von der Ebene gewählt und die andere Hälfte von den Fachbereichen. So wird gewährleistet, dass die Zusammensetzung des Kongresses alle Bereiche abdeckt. Das führt dann aber auch dazu, dass man Schwierigkeiten hat, durchzublicken, wer nun wann und wie gewählt wird, da man ja nur seine eigene Konferenz sieht.

Und so wählt dann die Landesfachbereichskonferenz sowohl Delegierte zur Bundesfachbereichskonferenz und zur Landeskonferenz als auch zum Bundeskongress.



Saarbahn:

Zusammenhalt statt Spaltung

Anlässlich des von der GDL für den 23. Oktober Protestmarsches in Saarbrücken gab ver.di folgende Erklärung ab.



ver.di steht für die gesamte Belegschaft der Saarbahn, für Bus und Schiene, Werkstatt und Verwaltung. Wir wollen die Beschäftigten nicht in einzelne Gruppen aufteilen. Gemeinsam setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und einen starken Tarifrahmen für alle ein.
Die Beschäftigten der kommunalen Verkehrsbetriebe im Saarland haben ihre tariflichen Verbesserungen gemeinsam erkämpft. Der Tarifvertrag Nahverkehr Saar steht für diesen solidarischen Weg. Er verbindet die Beschäftigten, statt sie voneinander zu trennen.
Für ver.di gilt ein klarer Grundsatz. Niemand darf durch den gemeinsamen Weg schlechter gestellt werden. Die bisherigen Besitzstände der TramTrain Beschäftigten müssen vollständig und dauerhaft erhalten bleiben. Zugleich müssen auch sie von den tariflichen Verbesserungen profitieren, die ver.di für die Beschäftigten durchgesetzt hat. Dazu gehören Entgeltsteigerungen von insgesamt 8,3 Prozent in den kommenden 18 Monaten und nächstes Jahr eine Jahressonderzahlung von 100 Prozent statt bislang 50 Prozent. Hinzu kommen künftige Verbesserungen beim Urlaub. Der Tarifabschluss wurde im Frühjahr erzielt. Seit dem 1. Oktober gilt der einheitliche Tarifvertrag nach Angaben der Saarbahn und des Kommunalen Arbeitgeberverbands für alle Beschäftigten im Fahrdienst.
„Wir setzen auf Zusammenhalt statt Spaltung, auf Tarifpolitik für die gesamte Belegschaft und auf Lösungen, die den besonderen Rahmenbedingungen im Saarland gerecht werden“, erklärt Janosch Fegert, Gewerkschaftssekretär bei ver.di. „Deshalb suchen wir in den kommenden Wochen verstärkt das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen und werben für unseren gemeinsamen Weg.“
ver.di setzt sich außerdem für den Erhalt der Saarbahn als kommunales Unternehmen und für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge im Saarland ein.
„Wir wissen um die angespannte Situation der Stadtwerke Saarbrücken, zu denen die Saarbahn GmbH und die Saarbahn Netz GmbH gehören. Eine Sonderlösung, die die Belegschaft weiter spaltet, ist aus unserer Sicht keine tragfähige Antwort.“, sagt Christian Umlauf, Bezirksgeschäftsführer des ver.di Bezirks Region Saar Trier.
Die Zukunft der Saarbahn lässt sich nur gemeinsam gestalten. Dazu braucht es sichere Arbeitsplätze, gute tarifliche Bedingungen und ein wirtschaftlich tragfähiges kommunales Unternehmen.
Unser Anspruch ist klar: Eine Saarbahn. Eine Belegschaft. Eine starke Tariflösung.

Saarländischer Krankenhausplan:

Ist das überhaupt ein Plan?

Im Saarland gibt es einen neuen Krankenhausplan. Unsere Redaktion bat den ehemaligen Pflegebeauftragten unserer Gewerkschaft Michael Quetting um seine Meinung. Hier seine Gedanken.

Die Krankenhäuser im Saarland scheinen zufrieden zu sein, zumindest hört man keinen Protest. Die Landesregierung hat einen Plan für 2027 bis 2035 vorgelegt, und der Minister betont schon bei der Präsentation, er sei nicht in Stein gemeißelt; die angebotenen Behandlungen an den verschiedenen Standorten können sich immer wieder ändern. Na denn, kann man so etwas überhaupt einen Plan nennen?
Schon der Begriff Plan ist bei einer marktwirtschaftlichen Umsetzung und Steuerung an sich schon fragwürdig. Man kann zwar unter Zuhilfenahme der „activa“ mehr oder weniger Schätzungen zur zukünftigen Entwicklung vornehmen, aber das beantwortet überhaupt nicht die Frage, was geschieht, wenn die Hälfte der Krankenhäuser insolvent geht? Das gesamte DRG-System und die Art der Finanzierung, gerade jetzt nach dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz, führen zur weiteren Vernichtung von Krankenhäusern – Plan hin oder her.
Die Investitionen der Landesregierung reichen besonders vor dem Hintergrund der neuen gesetzlichen Änderungen nicht aus. Die Investitionen werden durch zusätzliche Ausbeutung der Beschäftigten finanziert werden. Das ist verfassungswidrig.
Auch in diesem Plan wird betont, dass man das Saarland als einheitliches Versorgungsgebiet ansieht. Das wird dann noch einmal ausführlich begründet, was ja Schlussfolgerungen bei der Vergabe der Leistungsgruppen nach sich zieht. Ein Grund mehr, unsere Forderung nach einem einheitlichen Verbundklinikum Saar in demokratischer Kontrolle zu erneuern. Weil wir damit – und zwar nur damit – sowohl die Trägervielfalt sichern könnten als auch die Konkurrenzsituation lösen würden, bei gleichzeitiger Kontrolle durch die demokratischen Institutionen und die Gewerkschaften.
Nun hat die Bundesregierung im Juli u.a. die Pflegepersonalbemessungsverordnung (PPBV) aufgehoben, also wurden die entsprechenden Paragrafen im SGB V gestrichen. Die PPR 2.0 existiert rechtlich nicht mehr als bindende Vorgabe. Anstelle der exakten PPR-Minutenwerte gilt nun eine abstrakte gesetzliche Generalklausel. Diese besagt lediglich, dass Kliniken in patientennahen Bereichen eine „gute Qualität“ angemessene Personalausstattung sicherstellen müssen. Der Krankenhausplan lässt sich zwar recht umfänglich über Personaluntergrenzen aus, aber das ist ein absolutes und leider nur relatives Mindestmaß. Nachdem jahrelang um ein verbindliches, bedarfsgerechtes Bemessungsinstrument gerungen wurde, ist die Abschaffung der Pflicht ein schwerer gesundheitspolitischer Rückschritt. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Personalbemessung für alle Bereiche,



und selbstverständlich kann das als Qualitätskriterium – ähnlich der Vorgabe für Fachärzte – in den Plan geschrieben werden. Das Land könnte als strukturbezogene Qualitätskriterien die Anwendung der PPR 2.0 oder auch, dass keine Station nur mit einer Pflegeperson besetzt ist (Stichwort Nachtarbeit), festlegen. Man könnte beispielsweise den Betrieb bestimmter Fachabteilungen an konkrete, landeseigene Mindestpersonalschlüssel knüpfen. § 22 Abs. 3a des Saarländischen Krankenhausgesetzes (SKHG) ermächtigt das zuständige Ministerium bzw. die Krankenhausplanungsbehörde dazu, landeseigene Qualitäts- und Strukturvorgaben für die Krankenhäuser im Saarland festzulegen. Das war ein ganz konkretes Ergebnis unseres Pflege-Streik-Kampfes 2017.
Wie schrieb Bertold Brecht in seiner „Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planes“?

„Ja, mach nur einen Plan!
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch 'nen zweiten Plan,
Gehn tun sie beide nicht.“

Ein Debattenbeitrag:

Was hat die Rüstung mit den Sozialausgaben zu tun?

Uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eint der unbedingte Wille, wirksam zu einer Welt ohne Krieg beizutragen. So heißt es im Beschluss „Friedensfähig statt kriegstüchtig“ des DGB-Bundeskongresses im Mai. Und weiter heißt es im Beschluss: „Dass die Suche nach dem richtigen Weg dorthin in unseren Reihen intensiv diskutiert wird, ist Ausdruck einer lebendigen innergewerkschaftlichen Demokratie. Darüber soll eine „offene Debatte“ geführt werden. Ein Diskussionsbeitrag unseres Mitglieds Michael Quetting möchte einmal auf die ökonomischen Zusammenhänge aufmerksam machen. Er thematisiert bewusst nicht moralisch die Frage nach dem Frieden. Unsere Sorge bezüglich unseres Lebens bzw. Überlebens, der Zukunft unserer Kinder, ist nicht Gegenstand dieser Wortmeldung.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat den Vorwurf zurückgewiesen, dass die Hilfe für die Ukraine und die Hochrüstung zulasten von Sozialausgaben geht. „Kein Euro, der in die Ukraine fließt, fehlt bei den Sozialausgaben und den Bildungsausgaben in unserem Land“, betonte Merz im Bundestag in seiner Regierungserklärung vor dem EU-Gipfel.



Dafür habe man die sogenannte Bereichsausnahme in der Schuldenbremse beschlossen, aus der etwa Verteidigung und Ukraine-Hilfe finanziert werden.
Der gleiche Bundeskanzler fordert allerdings eine Priorität für die Armee im Bundeshaushalt und betont, dass tiefe Einschnitte im Sozialsystem unvermeidbar seien, da Deutschland sich die aktuellen Sozialausgaben strukturell nicht mehr leisten könne.
Auch in Diskussionen innerhalb von ver.di argumentieren einige Kollegen, dass der von unserem Ortsverein immer wieder betonte Zusammenhang zwischen Rüstung und Sozialabbau nicht gegeben sei. Und da wir ja gegen die Schuldenbremse seien, wäre es doch neben der notwendigen Verteidigung auch ökonomisch sinnvoll, sich für die Rüstung zu verschulden; gesprochen wird von einem Rüstungskeynesianismus, also der Auffassung, man könne auch durch Rüstung in Friedenszeiten Wohlstand schaffen.
Vereinfacht gesagt sprechen wir in der Volkswirtschaft, wenn man von Ausgaben spricht, von Konsum und Investitionen. Wer sich für Investitionen verschuldet, der macht das, um in Zukunft einen Benefit daraus zu erhalten. Das ist privat so und das ist beim Staat so. Wenn wir dagegen konsumieren, also gut essen gehen oder eine Seereise unternehmen, dann wird das im Normalfall für die Zukunft nichts bewirken.
Wenn jetzt der Staat z. B. ins Gesundheitswesen investiert, dann hat das erst einmal zur Folge, dass die Kollegen (so ver.di kämpft) mehr Geld in der Tasche haben, also der Konsum, oder besser formuliert, die Binnennachfrage, wird angeregt. Das ist bei Ausgaben für Militär durchaus nicht anders. Wenn ich ein Krankenhaus oder einen Panzer baue, werden dadurch Menschen beschäftigt, die Geld verdienen und dadurch den Konsum anregen. Also erscheint auf den ersten Blick, ökonomisch gesehen, beides gleich zu sein.



Nur das Krankenhaus wird Menschen versorgen und die Gesundheit der Menschen verbessern. Die Volkswirtschaft wird in der Folge mit gesünderen Menschen mehr leisten können.



Um dies bewerten zu können, kennt man in der Volkswirtschaftslehre bestimmte Kennzahlen, die versuchen, diesen Effekt zu beschreiben. (Siehe IMF: Fiscal Multipliers: Size, Determinants, and Use in Macroeconomic Projections) Ein Staatsausgabenmultiplikator versucht zu erfassen, welche Auswirkung eine Investition auf das Bruttoinlandsprodukt hat. Dieser Multiplikator liegt im Gesundheitswesen in empirischen Studien für hochentwickelte Volkswirtschaften meist zwischen 1,3 und 1,7. (Siehe The Fiscal Multiplier of European Structural, 2021) Das bedeutet, dass ein zusätzlicher staatlich investierter Euro im Gesundheitssektor das Bruttoinlandsprodukt langfristig um etwa 1,30 Euro bis 1,70 Euro steigen lässt. Bei der Bildung geht man sogar von einem Faktor 1,9 aus.
Dann schauen wir auf die Rüstung. Gibt es keinen Krieg, dann steht der Panzer dumm herum und zerstört im besten Fall die Umwelt und verbraucht Energie. Ökonomisch gesehen hat das mal gerade die



gleiche Wirkung wie Konsum; eine Stärkung der Wirtschaftskraft wird keinesfalls die Folge sein. Einige Ökonomen aus Mannheim (Professor Tom Krebs, Ph.D., Dr. Patrick Kaczmarczyk: Increased Military Spending May Not Lead to Economic Return, Juni 2025) haben letztes Jahr mal versucht, einen Faktor für die Militärausgaben zu berechnen. Sie kamen auf die Zahl 0,5, was bedeutet, dass ein Euro Ausgabe im besten Fall zu 50 Cent Wirtschaftstätigkeit führt.
Die Bundeswehr soll 2027 über 140 Milliarden Euro verfügen. Aus dem Kernhaushalt bekäme sie dann jeden fünften Euro. Aber damit nicht genug. Für die für die Rüstung gemachten Schulden, die unsere Regierung „Sondervermögen“ nennt, fallen schließlich Zinsen an.
Zwar wurde die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben faktisch ausgesetzt. Die Kosten für Rüs-



tungsgüter können also durch neue Kredite gedeckt werden und stehen vordergründig nicht in direkter Konkurrenz zu anderen Ausgaben. Diese Argumentation ignoriert jedoch, dass für diese immer höheren Schulden auch immer höhere Zinsen anfallen, die den Handlungsspielraum für künftige Ausgaben einengen. Ursprünglich sollte 2027 mit der Schuldentilgung begonnen werden, das soll jetzt verschoben werden.
Aufgrund der ausbleibenden Tilgung und des hohen Schuldenstands wachsen die Zinsausgaben des Bundes drastisch an – von rund 41,9 Milliarden Euro im Jahr 2027 auf voraussichtlich über 80 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030. (Gesetzentwurf hin 656/2026). Die Zinszahlungen werden dann etwa zehn Prozent des gesamten Bundeshaushalts ausmachen. Die Folge davon ist, dass der Rotstift in anderen Bereichen angesetzt werden muss.
Gleichzeitig fällt ab 2028 das Sondervermögen als Finanzierungsquelle für die laufende Aufrüstung weg. Um das 5-Prozent-NATO-Ziel zu erreichen, muss der reguläre Verteidigungsetat gewaltig auf deutlich über 220 Milliarden erhöht werden.



Grundsätzlich konkurrieren im Bundeshaushalt alle Posten um dieselben begrenzten Steuereinnahmen. Eine massive Erhöhung der Ausgaben in einem Bereich (Verteidigung) führt unweigerlich zu Einsparddruck in anderen Bereichen
Nun fordert ver.di, dass diese Kosten über „faire“ Steuern bei den Reichen beglichen werden müssen. So richtig diese Forderung auch ist, sie ändert nichts an dem Problem. Wenn es uns gelingt, mehr Einnahmen zu generieren, dann bleibt die Frage, wie man das Geld sinnvoll ausgibt. Wie hoch auch der Haushalt ist, für uns steht die Frage: Für was und wen wird das Geld ausgegeben?
Deswegen ist die Vorstellung, man könne Geld für Rüstung und Gesundheit, Bildung, Umwelt etc. ausgeben, ein ökonomischer Denkfehler. Wenn wir den Euro für eine volle Infrastruktur und für die Transformation ausgeben, dann bringt das Wohlstand; wenn wir den gleichen Euro für die Rüstung ausgeben, dann sinkt unser Wohlstand.

Ringvorlesung an der htw:

Soziale Arbeit im und am Arbeitsmarkt

Die Fakultät für Sozialwissenschaften der htw Saar veranstaltet in diesem Wintersemester eine Ringvorlesung mit dem Titel: „Soziale Arbeit im und am Arbeitsmarkt: Profession und gesellschaftliche Teilhabe“. Die Fragestellung lautet: Wie gestaltet sich der Arbeitsmarkt für Fachkräfte der Sozialen Arbeit – und welche Chancen eröffnet er den Menschen, die von Sozialer Arbeit begleitet und unterstützt werden?

In vier Vorträgen beleuchten Mitglieder unserer Fakultät das Spannungsfeld von Arbeit, Profession und gesellschaftlicher Teilhabe. Zwei Vorträge richten den Blick auf die Soziale Arbeit als Profession und ihre Position auf dem Arbeitsmarkt: Welche Arbeitsbedingungen prägen das Berufsfeld, und welche Herausforderungen ergeben sich daraus? Zwei weitere Vorträge untersuchen den Arbeitsmarkt als zentralen Ort gesellschaftlicher Teilhabe: Welche Zugangsbarrieren bestehen für unterschiedliche Zielgruppen der Sozialen Arbeit, und wie lassen sich Teilhabechancen verbessern?
Ausgehend von aktuellen Forschungs-projekten stellen die Referierenden erste Ergebnisse vor, ordnen diese in den wissenschaftlichen Diskurs ein und laden zur gemeinsamen Diskussion ein.
Den Auftakt macht Thomas Klein am 10. November 2026 18 Uhr mit dem Vortrag „Arbeitsbedingungen in Sozialberufen - Bessere Arbeitsbedingungen durch eine Stärkung der Tarifautonomie?“. Wie lassen sich gute Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen in der Sozialwirtschaft gewährleisten, wenn Einrichtungen zugleich unter erheblichem Kosten- und Wettbewerbsdruck stehen? Der Vortrag beleuchtet das Spannungsverhältnis zwischen tariflicher Entlohnung, öffentlicher Refinanzierung und wirtschaftlicher Konkurrenz. Auf Grundlage aktueller Forschungsergebnisse werden rechtliche Reformoptionen diskutiert sowie alternative Arbeitsmodelle, die zur Attraktivität sozialer Berufe und zur Zufriedenheit der Beschäftigten beitragen können.
Informationen zu dieser und den drei weiteren Veranstaltungen findet man auf der Website von Evenoo. Anmeldung hier: https://eveeno.com/264246106 .
Im Anschluss an jede Veranstaltung bietet ein Get-together Gelegenheit für Austausch und Diskussion.



Vorstand bei Die Linke:

Treffen mit Ulrich Schneider

Auf Einladung des Landesvorstandes der Partei Die Linke kam es am 13. Oktober in Saarbrücken zu einem Gedankenaustausch zwischen Ulrich Schneider und unserem Vorstand, vertreten durch Rainer Tobae, Hannelore Philippi, Gabriele Ungers, Bernd Schumann und Michael Quetting. Seitens der Linken nahm der Landesvorsitzende Florian Spaniol und sein Stellvertreter Dennis Kundrus teil.



Ulrich Schneider war einige Tage im Saarland, um sein neues Buch „Mutti, komma ans Fenster“ vorzustellen. So fand am 12. Oktober im Saarbrücker Johannisfoyer ein Talk mit unserem Kollegen Michael Quetting und ihm, organisiert von der Saarländischen Armutskonferenz und der RLS, statt. Ulrich Schneider ist der bekannte deutscher Soziallobbyist. Von 1999 bis 2024 war er Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Seit Juni 2026 gehört er dem Vorstand der Partei Die Linke an. Er ist heute als freiberuflicher Autor, Berater und Sozialexperte tätig. Sein Besuch an der Saar hatte seine Widerspiegelung in Berichten des Saarländischen Rundfunks und der Saarbrücker Zeitung.
In der zweistündigen Unterhaltung war man sich in der Einschätzung einig, dass die Bundesregierung mit ihrer Politik bewusst Armut zu produziere und den Sozialstaat zu schwäche. Intensiv war die Pflegeversicherung Gegenstand der Gespräche. Die Linken stellten ihre fünf Punkte „Menschen entlasten“ vor und man beriet, wie man den Kampf gegen Sozialabbau intensivieren könnte.

Tarifabschluss Handel:

Lohn steigt auf 20,34 €

ver.di und die Arbeitgeberseite haben sich am Mittwoch, 07. Oktober 2026 auf einen Tarifabschluss für die rund 50.000 Beschäftigten im Einzel- und Versandhandel im Saarland geeinigt.
Rund 3,4 Millionen Beschäftigte zählt der Einzelhandel in der BRD. Ihre Tarifbindung ist seit Jahren rückläufig, lag 2024 laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei 23 Prozent – gegenüber 49 Prozent in der Gesamtwirtschaft. 60 Prozent der Einzelhandelskauffrauen und -männer würden ihren Beruf dem Portal Lohnspiegel.de der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zufolge nicht weiterempfehlen. „Familienunfreundliche Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und unangenehme Erfahrungen mit unwirschen oder überheblichen Kunden“ machten ihn madig. Dabei ist auch dieser Beruf „systemrelevant“.
Die Beschäftigten erhalten ab dem 01. Juli 2026 drei Prozent und im April 2027 weitere zwei Prozent mehr Entgelt. Die Auszubildendenvergütungen steigen überproportional. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 25 Monaten. Für die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen wird ein tariflicher Mindestlohn von 14,20 Euro ab August 2026 und von 14,90 Euro ab Mai 2027 festgelegt.
Mit diesem Tarifabschluss steigt der Stundenlohn der/die Verkäufer*in ab dem 01.07.2026 auf 20,34 € und ab dem 01.04.2027 auf 20,74€.
Von den ursprünglich von ver.di geforderten sieben Prozent mehr Entgelt, mindestens aber 250 Euro im Monat, ist man mit dem Ergebnis recht weit entfernt. Die Laufzeit des Tarifvertrags wird doppelt so lang ausfallen wie ursprünglich gefordert.
Ein zentrales Problem bleibt außerdem die geringe Tarifbindung im Handel. Weit über 80 Prozent der Handelsbetriebe wenden keinen Tarifvertrag an.

ver.di zeigt es auf:

Ohne ÖD läuft es nicht

Wir begegnen ihm jeden Tag: Dem Staat, und zwar in Form von Menschen. Menschen, die uns mit Bus und Bahn zur Arbeit bringen, unsere Kinder in Schule und Kita fit machen fürs Leben, uns im Krankenhaus gesund pflegen, die unseren Müll abholen, für sauberes Wasser aus dem Hahn sorgen, uns Führerscheine und Pässe ausstellen, im Theater und Museum Kultur vermitteln etc... An genau diesen Menschen wird gespart und schon jetzt sind zigtausend Stellen unbesetzt. Das ist an allen Ecken und Enden spürbar. Wir wollen zeigen, wo.Unter dem Motto „ÖD kaputt gespart“ kannst Du ver.di anonym berichten: Wo fehlt bei euch Personal? Was bleibt liegen? Und welche Folgen bekommen Bürger*innen zu spüren?
Im Frühjahr 2027 werden die gesammelten Erfahrungen auf einer Deutschlandkarte veröffentlicht und zeigen, wie sich der Sparkurs im Öffentlichen Dienst konkret auswirkt. Trag ein, was dir aufgefallen ist: https://www.verdi.de/oed-kaputt-gespart

ver.di kritisiert erneute Kürzungsvorgabe des Bundesgesundheitsministeriums bei Krankenkassenverwaltungen:

Sparen an der falschen Stelle

Anlässlich einer Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestags am 7. Oktober 2026 kritisierte ver.di die jüngsten Vorschläge aus dem Bundesgesundheitsministerium, bei den Verwaltungskosten der gesetzlichen Krankenkassen noch mehr zu sparen als bisher. „Die Verwaltungen der Krankenkassen sind nicht aufgebläht, wie der neue Bundesgesundheitsminister offenbar immer noch glaubt“, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Dies habe auch die vom Bundesministerium eingesetzte Finanzkommission Gesundheit festgestellt. „Bei Personal und Sachkosten noch mehr zu sparen, hat negative Auswirkungen auf die Versicherten. Insbesondere Service- und Beratungsleistungen müssten eingeschränkt werden, wenn dies umgesetzt wird“, warnte Behle.



Das Bundesgesundheitsministerium plant mit aktuellen Regelungsvorschlägen im Rahmen des bereits verabschiedeten Gesetzes zur Beitragsstabilisierung für gesetzliche Krankenkassen den zulässigen Zuwachs der Verwaltungskosten erneut um einen Prozentpunkt abzusenken, auf dann 2,42 Prozent. Trotz steigender Kosten: Allein im vorigen Jahr waren die Verwaltungskosten, zu denen neben Personal- und allgemeinen Sachkosten auch die gestiegenen Anforderungen in der IT zählen, um 5,2 Prozent gestiegen. Für die Jahre 2027 bis 2029 war bereits eine pauschale Senkung um einen Prozentpunkt geplant, für sämtliche Vergütungen. Jetzt soll nur bei den Verwaltungskosten noch mehr Spardruck erzeugt werden: „Hier wird an der völlig falschen Stelle angesetzt“, kritisierte Gewerkschafterin Behle. „Die Verwaltungskosten betragen lediglich vier Prozent der Gesamtkosten im System. Hier ist nichts zu holen – im Gegenteil: Noch mehr kürzen heißt weniger Service, weniger Geschäftsstellen, weitere Arbeitsverdichtung und Druck auf die Löhne.“
Behle forderte stattdessen, dass der Bund endlich seiner Verantwortung nachkomme, gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Krankenversicherung von Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern aus dem Bundeshaushalt zu zahlen, statt die Krankenkassen damit zu belasten. Allein damit könnten die gesetzlichen Kassen um rund 12 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden.

ICB an der Seite Palästinas

Hoch die internationale Solidarität

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft Gewerkschaften und internationale Partner dazu auf, an der Seite palästinensischer Arbeiterinnen und Arbeiter zu stehen, während anhaltende israelische Verstöße und Einschränkungen ihre Haupteinnahmequelle – Landwirtschaft und Tourismus – weiter schädigen.
„Israel muss diese Einschränkungen und Verstöße beenden und sich an das Völkerrecht halten. Die internationale Gewerkschaftssolidarität wird weiterhin die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen sowie einen gerechten und dauerhaften Frieden fördern“, sagte Generalsekretär Luc Triangle.



Dem IGB gehörten im November 2017 331 Gewerkschaften aus 163 „Ländern und Territorien“ mit rund 202,3 Millionen Mitgliedern an, darunter auch der Deutsche Gewerkschaftsbund.
Der Internationale Gewerkschaftsbund ist die globale Stimme der arbeitenden Menschen und vertritt die Rechte und Interessen von Millionen Arbeitnehmern in 167 Ländern. Der IGB fordert wie der DGB eine Zwei-Staaten-Lösung.
Im Vergleich zu einigen internationalen Gewerkschaften, die eine sofortige Anerkennung Palästinas fordern, bewegt sich die offizielle DGB-Linie traditionell nah an der deutschen Außenpolitik und der Staatsräson der Bundesrepublik. Ein wesentlicher Unterschied zu anderen internationalen Verbänden ist die jahrzehntelange enge Partnerschaft des DGB mit dem israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut. Allerdings häufen sich die gewerkschaftlichen Stimmen, die eine stärkere Solidarisierung mit den palästinensischen Beschäftigten fordern.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar

Kontakt; christian.umlauf@verdi.de
OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de
Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de
Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf